

Mittwoch, 12. Februar 2019

Bilaterale Beziehungen von der Schweiz zur Europäischen Union - Vorstand der Regio Basiliensis positioniert sich zu aktuellen Entwicklungen und Perspektiven

Die EU ist aus wirtschaftlicher, politischer, aber auch kultureller Sicht unbestritten einer der wichtigsten Partner der Schweiz. Die Abstimmung zur Begrenzungsinitiative am 17. Mai 2020 wird entscheidend sein für die Weiterführung der bilateralen Verträge, die Haltung der EU sowie die Handlungsfähigkeit der Schweiz. Der Vorstand der Regio Basiliensis setzt sich vehement für die bilateralen Beziehungen zu Gunsten der Wirtschafts- und Wissenschaftsregion Nordwestschweiz ein.

Für die mit ihren europäischen Nachbarn eng verflochtene Nordwestschweiz sind die bilateralen Verträge ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft und die Wissenschaft. Die ansässigen KMU sind oft international und grenzüberschreitend tätig und die Personenfreizügigkeit führt zu einer hohen Stabilität des Arbeitsmarktes und des Mittelstandes. Das institutionelle Rahmenabkommen gewährleistet die Erhaltung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen. Der volle EU-Marktzugang muss gesichert bleiben und den 70'000 Grenzgängerinnen und Grenzgängern der Region der unbürokratische Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt weiterhin ermöglicht werden. «Zudem profitiert die Region von der Zusammenarbeit der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen am Oberrhein, welche für den Innovationsstandort Oberrhein entscheidend ist. Ohne Einigung mit der EU werden potenzielle Retorsionsmassnahmen insbesondere die Grenzregionen treffen», betont Dr. Kathrin Amacker, Präsidentin der Regio Basiliensis.

Für die Abstimmung zur Begrenzungsinitiative am 17. Mai empfiehlt der Vorstand ein klares NEIN. Die enge wirtschaftliche und gesellschaftliche Vernetzung der Nordwestschweiz mit der EU zeigen allein schon die 240'000 Ein- und Ausreisen täglich aus Deutschland und Frankreich – die höchste Zahl an Grenzübertritten in der Schweiz. Es gilt zu vermeiden, dass das gut funktionierende Gleichgewicht mit einer radikalen Strukturveränderung des Wirtschafts- und Wissenschaftsraums am Oberrhein gefährdet wird.